

## Antrag 2024/II/Ges/4

### Jusos Hamburg

#### **Erweiterung der Gesundheitsversorgung - Kostenübernahme für HPV-Vorsorgeuntersuchung durch gesetzliche Krankenkassen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der  
2 SPD beschließen: Wir fordern die Bundestagsfraktion, sich dafür einzusetzen, dass das Gesund-  
3 heitsministerium darauf einwirkt, dass die Vorsorgeuntersuchung und die Impfung gegen das  
4 humane Papillomavirus (HPV) vollständig durch die gesetzlichen Krankenkassen übernommen  
5 wird.

#### **6 Begründung**

7 Im Zuge unseres Engagements für eine umfassendere Gesundheitsversorgung möchten wir ei-  
8 nen Antrag für den Landesparteitag der SPD Hamburg einbringen, der darauf abzielt, die Über-  
9 nahme der Kosten für die Vorsorgeuntersuchung gegen das humane Papillomavirus (HPV) für  
10 Männer zu ermöglichen. Leider werden die Kosten für einen Abstrich zur Untersuchung auf  
11 HPV-Infektionen bei Männern in der Regel nicht von den gesetzlichen Krankenkassen über-  
12 nommen. Die routinemäßige Untersuchung auf HPV-Infektionen und andere sexuell übertrag-  
13 bare Krankheiten ist für Männer nicht im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversiche-  
14 rung enthalten. Diese Maßnahmen sind jedoch von entscheidender Bedeutung, um die öffent-  
15 liche Gesundheit zu fördern und den Schutz Betroffener vor schwerwiegenden Erkrankungen  
16 zu gewährleisten. Untersuchungen und Abstriche, die beim Urologen gemacht werden, soll-  
17 ten deshalb von der Krankenkasse übernommen werden, wie dies bereits beim Gynäkologen  
18 in den meisten Fällen der Fall ist, da HPV-Infektionen meist ohne gesundheitliche Beschwer-  
19 den einhergehen und somit häufig von Männern unbemerkt weitergegeben werden, jedoch  
20 im Ernstfall zu ernsthaften Krebserkrankungen bei Betroffenen (meistens Frauen) führen kön-  
21 nen. Stand jetzt muss eine männliche Person die Vorsorgeuntersuchung beim Urologen jedoch  
22 selbst zahlen, der Preis liegt hier bei circa 80 Euro. Solche präventiven Maßnahmen sollten je-  
23 doch nicht vom Geldbeutel abhängig sein und könnten die Motivation für eine präventive Un-  
24 tersuchung schmälern, weshalb wir für eine Übernahme der gesetzlichen Krankenkassen plä-  
25 dieren. Des Weiteren gibt es einen Missstand bei der Übernahme der Kosten für die Impfung  
26 bei Frauen ab dem 18. Lebensjahr. Die Impfung (ca. 480€) werden für Frauen nur bis zum 18. Le-  
27 bensjahr übernommen. Jede Frau muss immer frei von ökonomischen Zwängen die Möglich-  
28 keit haben sich zu schützen. Die Impfkosten soll für weiblich und männlich gelesene Personen  
29 gleichermaßen übernommen werden.